



Leuenberger mahnt zu Gesprächsbereitschaft

Am 1. Schweizerischen Luftfahrtkongress in Zürich-Kloten

Kloten (ap) Bundespräsident Moritz Leuenberger hat Deutschland zu neuen Gesprächen im Streit um die Anflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten aufgefordert. Das Problem belaste die schweizerisch-deutschen Beziehungen massiv, sagte der Verkehrsminister am 1. Schweizerischen Luftfahrtkongress am Zürcher Flughafen.

«Wir haben ein Problem mit den Beschränkungen im süddeutschen Luftraum, und ich erwarte, dass die deutschen Nachbarn unsere Anliegen endlich ernst nehmen», sagte Leuenberger vor rund 350 Vertretern der Luftfahrtbranche. Es ist nun an der Zeit, dass sich die neue deutsche Regierung an die vor mehr als einem Jahr getroffene Vereinbarung für neue Gespräche gebunden fühle. «Ein anderes Verhalten widerspräche einer guten Nachbarschaft und würde von vielen Schweizerinnen und Schweizern nicht länger verstanden», sagte er.

Appell auch an Schweizer Seite

Leuenberger appellierte auch an die Schweizer Seite. Bei neuen Gesprächen über die Anflüge über süddeutsches Gebiet auf den Zürcher Flughafen müsse man «verhandlungsbereit und ergebnisoffen» sein und dürfe nicht einfach an Maximalforderungen festhalten. Der Flughafenkanton Zürich habe die Anliegen der deutschen Nachbarn zu lange nicht ernst genommen. Die Flughafenbetreiberin Unique habe vorgegaukelt, die Probleme liessen sich gerichtlich lösen. «Deutschland hat darauf hin auf seine eigene Souveränität gepocht und einseitige Einschränkungen verfügt», sagte Leuenberger. Diese behinderten den Zürcher Flughafen nun im Konkurrenzkampf mit Frankfurt und München und beschränkten seine Entwicklungschancen. Deutschland müsse nun Hand zu einer besseren Lösung bieten, forderte Leuenberger.

Der 1. Schweizerische Luftfahrtkongress wurde vom Wirtschaftsdachverband economie suisse zusammen mit Partnern der Luftfahrtindustrie organi-

siert. Man habe die Probleme der Schweizer Luftfahrt von verschiedener Seite beleuchten und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs unterstreichen wollen, sagte economie-suisse-Direktor Rudolf Ramsauer an einer Medienkonferenz. Rund 180 000 Arbeitsplätze und eine jährliche Wertschöpfung von 26 Milliarden Franken seien in der Schweiz direkt und indirekt vom Luftverkehr abhängig.

Plafonierungsinitiative im Fokus

Thema zahlreicher Voten war die von Fluglärmegegnern eingereichte Plafonierungsinitiative, die eine Beschränkung der jährlichen Flugbewegungen am Zürcher Flughafen auf 250 000 verlangt. Würde die Initiative angenommen, könne die Swiss ihr Netzwerk nicht mehr wirtschaftlich betreiben, sagte Swiss-Chef Christoph Franz. Langfristig wäre gar ihre Existenz gefährdet.

Da die Initiative kantonal ist, ging Leuenberger nicht direkt darauf ein. Er bezeichnete den Zürcher Flughafen aber als nationale Schlüsselinfrastruktur, die Bundesinteressen tangiere, aber kantonal kontrolliert werde. Der Bundeseinfluss bei den Landesflughäfen müsse verstärkt werden, forderte Leuenberger.





Bundespräsident Moritz Leuenberger: Deutschland soll im Sinne einer guten Nachbarschaft Gesprächsbereitschaft zeigen. (Bild: Key)